

Friedhofssatzung der Gemeinde Haynrode vom 16.02.2006, in der Fassung der letzten Änderungsatzung vom 14.10.2010

Auf Grund der §§ 19 Abs. 1 und 21 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 501), in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2001 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 2009 (GVBl. S. 345) i.V.m. § 33 des Thüringer Bestattungsgesetzes vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 505 ff.) beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Haynrode die nachfolgende Satzungsänderung:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofssatzung gilt für den im Gebiet der Gemeinde Haynrode gelegenen und von ihr verwalteten Friedhof.

§ 2 Friedhofszweck

- (1) Der Friedhof dient der Bestattung und der Pflege der Gräber im Andenken an die Verstorbenen.
- (2) Gestattet ist die Bestattung derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Gemeinde Haynrode waren.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Gemeinde.
Der Antrag ist schriftlich im Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft „Eichsfeld-Wipperaue“ (nachfolgend Friedhofsverwaltung genannt) einzureichen. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.

§ 3 Friedhofsverwaltung

- (1) Der Friedhof ist eine nicht rechtsfähige Anstalt der Gemeinde.
- (2) Die Aufsicht über den Friedhof und seine Verwaltung obliegt dem Bürgermeister.
- (3) Die Friedhofsverwaltung führt im Auftrag der Gemeinde zur Sicherung des ordnungsgemäßen Betriebes einen Plan des Gesamtfriedhofes (Übersichtsplan). Der Friedhof ist in Bestattungsabschnitte eingeteilt.

- (4) Die Friedhofsverwaltung führt im Auftrag der Gemeinde außerdem eine Grabkartei, deren Nummerierung mit dem Gräberplan der Bestattungsabschnitte übereinstimmt. In der Grabkartei werden dokumentiert:
- a) Nr. des Bestattungsabschnittes
 - b) Nr. der Grabstelle
 - c) Vor- und Zuname des Verstorbenen (einschließlich Geburts- und Sterbedaten)
 - d) Tag der Beerdigung
 - e) Name und Anschrift des Nutzungsberechtigten.

§ 4 Schließung

- (1) Der Friedhof und Friedhofsteile können aus wichtigem Grund durch Beschluss des Gemeinderates ganz oder teilweise der Benutzung entzogen werden. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu geben.
- (2) Von dem in dem Beschluss gesetzten Zeitpunkt an erlöschen alle Beisetzungs- und Nutzungsrechte.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist nicht an bestimmte Öffnungszeiten gebunden. Bei Einbruch der Dunkelheit mit Ausnahme Allerheiligen, Allerseelen, Totensonntag u.ä. Feiertage - ist der Friedhof zu verlassen.
- (2) Die Gemeinde kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass zeitlich befristet vorübergehend untersagen.

§ 6 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder Friedhofsbesucher hat sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des aufsichtsbefugten Gemeindepersonals ist Folge zu leisten. Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung und unter Verantwortung Erwachsener betreten.

- (2) Nicht gestattet ist innerhalb des Friedhofes:
1. das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art.
Ausgenommen sind: Kinderwagen, Rollstühle, Fahrzeuge der Gemeinde und Fahrzeuge der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden;
 2. das Anbieten gewerblicher Dienste und Waren aller Art;
 3. an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen;
 4. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten, bzw. ohne vorherige Anzeige bei der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren;
 5. Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind;
 6. den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigt zu betreten, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen oder zu beschädigen;
 7. Abraum und Abfälle aller Art außerhalb des hierfür vorgesehenen Platzes abzulegen;
 8. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde;
 9. zu lärmern, zu spielen und Feuer anzuzünden;
 10. unpassende Gefäße (Konservendosen u.ä. Gegenstände) auf Grabstätten aufzustellen und solche Gefäße oder Gießkannen zwischen oder hinter den Grabstätten abzulagern.
- (3) Der Bürgermeister kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (4) Nicht ortsübliche Gedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Gemeinde; sie sind spätestens eine Woche vor der Durchführung beim Bürgermeister anzumelden.

§ 7

Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende haben die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof der Friedhofsverwaltung vorher anzuzeigen.
- (2) Der Friedhofsverwaltung ist mit der Anzeige weiterhin nachzuweisen, dass der Gewerbetreibende einen für die Ausführung seiner Tätigkeiten ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz besitzt.
- (3) Auf Verlangen des Gewerbetreibenden stellt die Friedhofsverwaltung eine Berechtigungskarte aus. Die Gewerbetreibenden haben für ihre Mitarbeiter einen Bedienstetenausweis auszufertigen. Der Bedienstetenausweis und eine Kopie der Anzeige ist dem aufsichtsberechtigten Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen.

- (4) Die Gewerbetreibenden und ihre Mitarbeiter haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Betriebsinhaber haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (5) Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 13.00 Uhr zu beenden. Die Arbeiten dürfen in den Monaten März bis Oktober nicht vor 06.00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 07.00 Uhr begonnen werden. Die Friedhofsverwaltung kann Verlängerungen der Arbeitszeiten zulassen.
- (6) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (7) Die Friedhofsverwaltung kann die Tätigkeit der Gewerbetreibenden, die trotz Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer untersagen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist die Mahnung entbehrlich.
- (8) Für die Durchführung von Verwaltungsverfahren nach Absatz 1 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71 a bis 71 e ThürVwVfG).

III. Bestattungsvorschriften

§ 8

Anzeigepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung der Verwaltungsgemeinschaft „Eichsfeld- Wipperau“ anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Im Anmeldeverfahren gelten die Bestimmungen dieser Satzung.
- (2) Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (3) Ist eine Bestattung in einer Doppelgrabstätte vorgesehen, so ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

- (4) Die Gemeinde setzt Ort und Zeit der Bestattung im Benehmen mit den Angehörigen und der zuständigen Religionsgemeinschaft oder dem Bestatter fest. Die Bestattungen erfolgen an Werktagen. Folgen zwei Feiertage aufeinander, so kann die Bestattung im Bedarfsfall auch am zweiten Feiertag stattfinden. Über begründete Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister.
- (5) Erdbestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens 96 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Aschen müssen spätestens 2 Monate nach der Einäscherung bestattet werden, anderenfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen im Urnenreihengrababschnitt bzw, Urnengemeinschaftsabschnitt bestattet.

§ 9 Särge und Urnen

- (1) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
- (2) Die Särge dürfen höchstens 2,10 m lang, 0,80 m hoch und im Mittelmaß 0,70 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Gemeinde einzuholen.
- (3) Särge von Kindern, die bis zum vollendeten 5. Lebensjahr verstorben sind, dürfen höchstens 1,20 m lang, 0,50 m hoch, und 0,60 m breit sein.
- (4) Weitergehende Vorschriften über die Beschaffenheit der Särge und die Einsargung von Personen, die an einer ansteckenden Krankheit verstorben sind oder die nach auswärts überführt werden, bleiben unberührt.
- (5) Urnen und alle mit der Beisetzung in den Boden verbrachten Teile dürfen nur aus Materialien bestehen, die in einem der Ruhefrist angemessenen Zeitraum ohne Rückstände vergehen.

§ 10 Ausheben und Ausmaße der Gräber

- (1) Die Gräber werden von den Angehörigen bzw. Nutzungsberechtigten ausgehoben und wieder verfüllt. Dazu können sich die Nutzungsberechtigten der Leistungen der Bestattungsunternehmen bedienen.
- (2) Die Zuweisung und Absteckung der Grabstelle erfolgt durch die Gemeinde.
- (3) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,65 m.

Die Gräber müssen folgende Maße aufweisen:

<	für Verstorbene über 6 Jahre	1,80 m tief, 2,20 m lang, 0,85 m breit
<	für Verstorbene unter 6 Jahren	1,40 m tief, 1,20 m lang, 0,60 m breit
<	für Urnen	0,80 m tief, 1,20 m lang, 0,60 m breit
<	für Urnengemeinschaftsgrabstätten	0,80 m tief, 0,50 m lang, 0,50 m breit

- (4) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,50 m starke Erdwände getrennt sein.
- (5) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte (Erdbestattung) beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese sofort mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen. Werden noch nicht verwesene Leichen vorgefunden, so ist das Grab sofort wieder zu schließen. Es darf erst nach einer durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeit wieder benutzt werden.

§ 11 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit ist die Mindestwartefrist für eine Wiederbelegung einer Grabstelle.
- (2) Die Ruhezeit auf dem Friedhof Haynrode beträgt für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen 30 Jahre.

§ 12 Nutzungszeit

- (1) Die Nutzungszeit ist die durch diese Satzung festgelegte Zeit der Grabnutzung durch die Angehörigen.
- (2) Die Nutzungszeit aller Gräber auf dem Friedhof beträgt 30 Jahre. Ausnahmen für den Fall einer Zweitbelegung einer Grabstätte werden an entsprechender Stelle in dieser Satzung geregelt.
- (3) Nach Ablauf der Nutzungszeit ruft die Gemeinde zur Räumung auf, die auf Teilbereiche innerhalb von Bestattungsabschnitten bezogen erfolgt. Dabei gilt als Ablauf der Nutzungszeit innerhalb des Teilbereiches das Datum der Beisetzung des zuletzt Verstorbenen.
Ausgenommen von dieser Regelung sind Kindergräber und Doppelgräber. Sie können nach Ablauf der Ruhezeit einzeln geräumt werden.

Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister auf Antragstellung entsprechend § 3 Abs. 2 dieser Satzung. Die Grabräumungen werden im Frühjahr und im Herbst vorgenommen.

- (4) Über vorzeitige Räumung und Einebnung von Grabstellen entscheidet die Gemeinde auf Antrag oder in Anwendung der Festlegung nach § 15 Abs. 4 dieser Satzung.

§ 13 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen dürfen unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften nur mit Zustimmung der Gemeinde durchgeführt werden. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden, bei Umbettungen innerhalb des Friedhofes im ersten Jahr der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit dürfen noch vorhandene Leichen- und Aschenreste nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten der verfügbare Angehörige des Verstorbenen bzw. der Nutzungsberechtigte. Mit dem Antrag ist die Grabnutzungserlaubnis nach § 15 Abs. 1 Satz 2 dieser Satzung vorzulegen.
- (5) Alle Umbettungen dürfen nur von Beauftragten der Gemeinde durchgeführt werden, die sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmens bedienen kann. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Umbettungen sind, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, nur in der Zeit vom 01. Oktober bis 31. März und nur in den ersten Morgenstunden durchzuführen. Angehörige dürfen der Ausgrabung bzw. Umbettung nicht beiwohnen. Im übrigen gilt für die Zeit der Ausgrabung bzw. Umbettung § 5 Abs. 2 dieser Satzung.
- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.

IV. Grabstätten

§ 14 Arten der Grabstätten

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätten werden unterschieden in
 - a) Reiheneinzelgrabstätten
 - b) Reihendoppelgrabstätten (Wahlgrabstätten)
 - c) Reihenurnengrabstätten
 - d) Ehrengrabstätten
 - e) Kindergrabstätten
 - f) Urnengemeinschaftsgrabstätten ohne Kennzeichnung
- (3) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (4) Es werden Bestattungsabschnitte eingerichtet für:
 - a) Reihengrabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 6. Lebensjahr
 - b) Reihengrabstätten für Verstorbene ab vollendetem 6. Lebensjahr
 - c) Reihenurnengrabstätten
 - d) Reihendoppelgrabstätten (Wahlgrabstätten)
 - e) Ehrengrabstätten einschließlich Kriegsgräber
 - f) Urnengemeinschaftsgrabstätten ohne Kennzeichnung

§ 15 Reiheneinzel- und Reihendoppelgrabstätten

- (1) Reiheneinzel-/ Kindergrabstätten und Reihendoppelgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Nutzungszeit des zu Bestattenden zugeteilt werden. Über die Zuteilung wird eine Grabnutzungserlaubnis mit Angabe des Bestattungsabschnittes und der Grabnummer ausgestellt.
- (2) In jeder Reiheneinzelgrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. In der Reihendoppelgrabstätte werden Ehegatten bestattet. Die Beisetzung anderer Personen in einer Doppelgrabstätte bedarf der besonderen Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung.
- (3) Das Abräumen von Reihengräbern nach Ablauf der Nutzungszeit innerhalb des Bestattungsabschnittes ist 3 Monate vorher öffentlich bekannt zu machen.

- (4) Reihengräber sind spätestens 3 Monate nach der Beisetzung würdig herzurichten und bis zum Ablauf der Ruhefrist bzw. Aufruf der Räumung ordnungsgemäß instand zu halten. Geschieht dieses trotz Aufforderung nicht, so können sie von der Gemeinde eingeebnet und eingesät werden.
- (5) Das Ausmauern von Reihengrabstätten ist nicht zulässig.

§ 16 Urnengrabstätten

- (1) Reihenurnengrabstätten sind Aschengrabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Nutzungszeit zur Beisetzung einer Asche abgegeben werden. Über die Abgabe wird eine Grabnutzungserlaubnis mit Angabe des Bestattungsabschnittes und der Grabnummer ausgehändigt.
- (2) Soweit sich aus dieser Friedhofssatzung nichts anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reiheneinzel- und -doppelgrabstätten entsprechend auch für Reihenurnengrabstätten.
- (3) Aschen dürfen auch zusätzlich in Grabstätten für Erdbestattungen und in Urnengrabstätten beigesetzt werden, je Grabstätte eine Asche, bis zum Ablauf des 10. Nutzungsjahres des bereits belegten Reihengrabes. Im Fall einer Zweitbelegung ändert sich die Nutzungszeit der Erstbelegung nicht, sondern die Nutzungszeit der Zweitbelegung läuft maximal bis zum Ende der Nutzungszeit der Erstbelegung. Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister entsprechend § 3 Abs. 2 dieser Satzung auf Antrag.
- (4) Werden bei Wiederbelegung von Bestattungsabschnitten nach Ablauf der Ruhezeit alte Urnen gefunden, so werden diese an einer dafür vorgesehenen Stelle des Friedhofes in würdiger Form begraben. An dieser besonderen Stelle werden aber keine Grabstätten oder Gedenktafeln mit Namen angelegt bzw. aufgestellt.
- (5) Urnengemeinschaftsgrabstätten sind Grabstätten ohne individuelle Kennzeichnung. Sie dienen der namenlosen Beisetzung von Urnen. Für diese wird im Todesfall auf Antrag das Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen.

§ 17 Ehrengrabstätten

- (1) Ehrengrabstätten sind Grabstätten für Personen, die sich in besonderer Weise um die Gemeinde verdient gemacht haben.
- (2) Die vorhandenen Kriegsgräber zählen zu den Ehrengrabstätten.
- (3) Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten obliegen der Gemeinde.

§ 18

Nutzungsrecht/Nutzungszeit und -dauer

- (1) Das Nutzungsrecht an Grabstätten gemäß dieser Friedhofssatzung entsteht nach Zahlung der in der Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühren.
- (2) Über den Erwerb des Nutzungsrechtes wird eine Grabnutzungserlaubnis ausgestellt.
- (3) Die Nutzungszeit für alle Grabstätten wird auf 30 Jahre festgesetzt. Die Nutzungszeit beginnt mit dem Tag der Beisetzung. Soll die zweite Grabstelle eines Reihendoppelgrabes belegt werden, so ist das Nutzungsrecht an dem Doppelgrab um die Jahre zu verlängern, die die Nutzungszeit der zu beerdigenden Person die bisherige Nutzungszeit überschreiten würde.
- (4) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage, Pflege und Sicherung der Grabstätten und zur Kontrolle und Herstellung der Standsicherheit der Grabmale.
- (5) Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erlischt mit dem Ablauf der Nutzungszeit gem. Abs. 3.
Über Ausnahmen entscheidet der Bürgermeister auf Antragstellung.
- (6) Das Nutzungsrecht an Grabstätten vor Ablauf der Nutzungszeit kann mit Einverständnis des Nutzungsberechtigten entzogen werden, wenn eine Grabstätte an dem bestimmten Orte nach Lage der Umstände, die im öffentlichen Interesse liegen müssen, nicht mehr belassen werden kann. Den Nutzungsberechtigten muss in solchen Fällen eine möglichst gleichwertige andere Grabstätte auf die Dauer der restlichen Nutzungszeit zugewiesen werden. Anfallende Kosten sind von der Gemeinde zu tragen.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 19

Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtlage gewahrt werden.
- (2) Der Baumbestand einschließlich Sträucher, Hecken und von der Gemeinde finanzierte Anpflanzungen auf dem Friedhof stehen unter besonderem Schutz; ebenso die baulichen Anlagen und Einrichtungen.

VI. Grabmale und bauliche Anlagen

§ 20
Allgemeine Gestaltungsvorschriften

- (1) Grabmale einschließlich Abdeckplatten müssen sich in ihrer Gestaltung insbesondere nach Größe, Form, Farbgrad, Werkstoff, Bearbeitung und Anbringungsart in das Gesamtbild des Friedhofes einordnen und sich den benachbarten Grabmälern anpassen.
- (2) Grabmale müssen aus wetterbeständigem Werkstoff - Stein, Metall, Holz – hergestellt und fachgerecht und dem Werkstoff gemäß gestaltet sein.
- (3) Firmenbezeichnungen dürfen nur in unauffälliger Weise auf der Rück- oder Schmalseite jeweils unten an den Grabmalen mit einer max. Schriftgröße von 2 cm angebracht werden.
- (4) Die Grabstätten sind spätestens 12 Monate nach der Beisetzung mit einer steinernen Einfassung in folgenden Maßen auszustatten:

<	Reiheneinzelgrab für Verstorbene über 6 Jahre	1,90 x 0,90 m
<	Reihendoppelgrab	1,90 x 2,20 m
<	Reiheneinzelgrab für Verstorbene unter 6 Jahre	1,00 x 0,60 m
<	Reihenurnengrab	1,00 x 0,60 m

Zwischen den Reihen ist ein Mindestabstand seitlich von 0,50 m und nach vorn von 0,50 m einzuhalten. Auf die Freifläche von Grabstätte zu Grabstätte wird von Mitarbeitern der Gemeinde einheitlich Terrazzosplitt gebracht.

- (5) Die Grabstätten sind nach 12 Monaten ebenfalls mit einem Grabmal nach folgenden Maßen auszustatten:
 - a) Reiheneinzelgräber für Verstorbene bis zu 6 Jahren
 1. stehende Grabmale:
maximale Breite 0,50 m, maximale Höhe 0,70 m, Maximalstärke 0,15 m;
 2. liegende Grabmale:
maximale Breite 0,35 m, Höchstlänge 0,40 m, Maximalstärke 0,15 m;
 - b) Reiheneinzelgräber für Verstorbene über 6 Jahre
 1. stehende Grabmale:
maximale Breite 0,85 m, maximale Höhe 1,05 m, Maximalstärke 0,20 m;
 2. liegende Grabmale:
maximale Breite 0,50 m, Höchstlänge 0,70 m, Maximalstärke 0,18 m;
 - c) Reihendoppelgräber
 1. stehende Grabmale:
maximale Breite 1,70 m, maximale Höhe 1,00 m, Maximalstärke 0,18 m;

2. liegende Grabmale:
maximale Breite 1,00 m, Höchstlänge 1,20 m, Maximalstärke 0,18 m;
- d) Reihenurnengräber
 1. stehende Grabmale:
maximale Breite 0,60 m, maximale Höhe 0,80 m; Maximalstärke 0,15 m
 2. liegende Grabmale:
max. 0,40 x 0,40 m, Maximalstärke 0,15 m.
- (6) Soweit es die Gemeinde unter Beachtung des § 20 Abs. 1 dieser Satzung für vertretbar hält, kann sie Ausnahmen von den Vorschriften der Abs. 5 und auch sonstige bauliche Anlagen als Ausnahme im begründeten Einzelfall zulassen.
- (7) Die nichtzustimmungspflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holzkreuze zulässig und dürfen nicht länger als 1 Jahr nach der Beisetzung verwendet werden.
- (8) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmäler oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofes aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Gemeinde. Sie können und werden nach Genehmigung durch die Gemeinde nach Ablauf der Ruhezeit an einem dafür vorgesehenen Platz auf dem Friedhof dauerhaft wieder aufgestellt.

§ 21 Zustimmung in Ausnahmefällen

- (1) Die Errichtung von Grabmälern und sonstigen baulichen Anlagen nach Maßen, die nicht der Satzung entsprechen, sowie deren Veränderung oder Entfernung ist unbeschadet sonstiger Rechtsvorschriften nur mit Genehmigung der Gemeinde gestattet. Sie ist berechtigt, Anordnungen zu treffen, die Werkstoff, Art und Größe der Grabmäler usw. für den Friedhof vorschreiben und Verbote zu erlassen.
- (2) Die Genehmigung ist rechtzeitig unter Vorlage von doppelten Zeichnungen im Maßstab 1:10 bei der im Auftrag der Gemeinde arbeitenden Friedhofsverwaltung einzuholen.
Aus dem Antrag und den Zeichnungen müssen alle Einzelheiten der Anlage, insbesondere Art und Bearbeitung des Werkstoffs sowie Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift ersichtlich sein. Die Genehmigung kann versagt werden.
- (3) Bei Errichtung der im Ausnahmefall genehmigten Anlage ist die mit Genehmigungsvermerk versehene Zeichnung mitzuführen. Entspricht ein aufgestelltes Grabmal nicht den Zeichnungen, so kann es auf Kosten des Nutzungsberechtigten entfernt werden. Falls die Anlage nicht innerhalb von 2 Monaten abgeholt wird, kann die Gemeinde mit ihr entsprechend den Vorschriften der §§ 383 ff BGB verfahren. Hierauf ist in der Aufforderung hinzuweisen.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.

§ 22 Fundamentierung und Befestigung

- (1) Die Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
Alle Fundamente bleiben unter der Erdoberfläche.
- (2) Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten. Die Maximalstärke der Grabmale bestimmt sich nach § 20 Abs. 5 dieser Satzung.

§ 23 Unterhaltung der Grabmale

- (1) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Die Standfestigkeit der Grabmale wird einmal jährlich von der Friedhofsverwaltung, die sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmens bedienen kann, durch eine Druckprobe überprüft.
- (3) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Gemeinde auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen) treffen.
Wird der ordnungswidrige Zustand trotz Aufforderung der Gemeinde nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Gemeinde berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.
- (4) Die Nutzungsberechtigten sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird.

§ 24 Entfernung der Grabmale

- (1) Vor Ablauf der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde entfernt werden. Bei Grabmalen im Sinne des § 21 Abs. 1 dieser Satzung kann die Gemeinde die Zustimmung versagen. Zustimmung und Versagung bedürfen der Schriftform.
- (2) Nach Ablauf der Nutzungszeit oder nach der Entziehung von Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstige bauliche Anlagen zu entfernen und einzuebnen. Auf den Ablauf der Nutzungszeit und die Räumung der Bestattungsabschnitte gem. §§ 12, 14 und 18 dieser Satzung ist drei Monate vorher durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Geschieht die Entfernung nicht binnen drei Monaten, so ist die Gemeinde berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Grabmal und sonstige bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über. Die Kosten der Räumung hat der jeweilige Nutzungsberechtigte zu tragen.

VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 25 Herrichtung und Unterhaltung

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften der §§ 19 bis 23 dieser Satzung hergerichtet und dauernd in Stand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck.
- (2) Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.
- (3) Unzulässig ist
 - a) das Pflanzen von Bäumen oder großwüchsigen Sträuchern;
 - b) das Einfassen der Grabstätte mit Hecken, Metall, Glas oder ähnlichem;
 - c) das Errichten von Rankgerüsten, Gittern oder Pergolen.
 - d) das Aufstellen einer Bank oder sonstigen Sitzgelegenheiten.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an dem dafür besonders vorgesehenen Platz im Friedhof abzulagern. Die Ablagerung in den aufgestellten Papierkörben ist verboten.

- (5) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes nach der Räumung.
- (6) Die für die Grabstätten verantwortlichen Nutzungsberechtigten können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen zugelassenen Friedhofsgärtner beauftragen.
- (7) Die Grabstätten müssen innerhalb von 3 Monaten nach der Bestattung würdig hergerichtet werden.
- (8) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen und baulichen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Gemeinde.
- (9) Chemische Unkrautbekämpfungsmittel sowie die Anwendung jeglicher Pestizide (z.B. Herbizide, Insektizide, Fungizide) bei der Grabpflege sind verboten.
- (10) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Grababfälle (z.B. in Produkten der Trauerfloristik, Kränzen, Gestecken, Plastehüllen von Grablichtern) sind vom Nutzungsberechtigten selbst zu entsorgen.

§ 26 Vernachlässigung der Grabpflege

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Nutzungsberechtigte nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird der unbekanntete Nutzungsberechtigte durch Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleiben die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und
 - b) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.
- (2) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen.

VIII. Leichenhallenbenutzung und Trauerfeiern

**§ 27
Benutzung der Leichenhalle**

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen und Aschen bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Gemeinde betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesem Raum und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

**§ 28
Trauerfeier**

- (1) Die mit einer Beisetzung verbundenen Trauerfeiern können in der Leichenhalle, am Grab oder am Denkmal auf dem Friedhof abgehalten werden.
- (2) Das Betreten der Leichenhalle zur Trauerfeier kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Schlussvorschriften

**§ 29
Alte Rechte**

Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.

§ 30 Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen oder seiner Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im übrigen haftet die Gemeinde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ihrer Bediensteten und Beauftragten. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

Für Sach- und Personenschäden, die durch Nichtbeachtung der Vorschriften dieser Satzung, insbesondere durch das Umfallen eines Grabmales oder Abstürzen von Teilen desselben, verursacht werden, haften die Nutzungsberechtigten.

§ 31 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) den Friedhof entgegen der Bestimmung des § 5 betritt;
 - b) sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Anordnung des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 6 Abs. 1);
 - c) entgegen der Bestimmungen des § 6 Abs. 2
 1. Friedhofswege mit Fahrzeugen ohne Erlaubnis befährt;
 2. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt;
 3. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten fotografiert;
 4. Druckschriften verteilt, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind ;
 5. den Friedhof oder seine Einrichtungen oder Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen oder Grabstätten unberechtigterweise betritt;
 6. Abraum oder Abfälle aller Art außerhalb des hierfür vorgesehenen Plätze und Behältnisse ablegt;
 7. entgegen § 6 Abs. 3 Gedenkfeiern ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung durchführt;
 8. Plakate, Hinweise, Reklameschilder und Anschläge anbringt;
 9. Tiere mitbringt, ausgenommen Blindenhunde.
 - d) Umbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 13);
 - e) die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§ 20);
 - f) Grabmale oder sonstige Grabausstattungen, für die es einer Genehmigung Bedarf, ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 21);
 - g) Grabmale ohne Zustimmung der Gemeinde entfernt (§ 24 Abs. 1);
 - h) Grabmale oder Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 22, 23 und 25);
 - i) Pflanzenschutz- oder Unkrautbekämpfungsmittel verwendet (§ 25 Abs. 9);
 - j) Grabstätten entgegen § 20 mit Grababdeckungen versieht oder nicht oder entgegen § 25 bepflanzt;

- k) Grabstätten vernachlässigt (§§ 23, 26);
 - l) die Leichenhalle entgegen § 27 betritt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zum gesetzlich vorgesehenen Höchstbetrag von 5.000,00 € gemäß § 19 Abs. 1 ThürKO geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung.

§ 32 Gebühren

Für die Benutzung des von der Gemeinde verwalteten Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 33 Inkrafttreten

Diese Satzung sowie die Änderungssatzungen treten am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung der Gemeinde Haynrode vom 11.09.2003 sowie alle übrigen entgegenstehenden Vorschriften und Satzungsbestimmungen außer Kraft.

gez. Alfred Gremler
Bürgermeister

-Dienstsiegel-

Friedhofssatzung vom 16.02.2006 rechtskräftig seit:	25.03.2006
1.Änderungssatzung vom 25.02.2010 rechtskräftig seit:	02.04.2010
2.Änderungssatzung vom 14.10.2010 rechtskräftig seit:	13.11.2010